

O,FIN 7 A3 12 AB

ÖVP / FPÖ

abgelehnt.

### Beschluss-(Resolutions-)antrag

der Abgeordneten Sabine SCHWARZ (ÖVP) und Dr. Wolfgang AIGNER (FPÖ), eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 29.03.2019 zu Post 7 der Tagesordnung

### betreffend gesetzliche Implementierung des Schülerinnen- und Schülerparlaments

Seit einigen Jahren veranstaltet die Landesschülervertretung in Wien „SchülerInnenparlamente“, zu denen sie alle Schülervertreterinnen und Schülervertreter einlädt, um mit ihnen bildungspolitische Anträge zu diskutieren und diese abzustimmen. Schlussendlich sind die Schülerinnen und Schüler diejenigen, die Bildung und deren Vermittlung in der Schule „erleben“ und somit ist es essenziell, auch diese zu hören und sich mit ihren politischen Anliegen auseinanderzusetzen. Im Nationalrat wurde das Schülerparlament bereits institutionalisiert. Einstimmig beschlossen die Abgeordneten dort, die Vollversammlung aller Schülervertreterinnen und Schülervertreter im Schülervertretungsgesetz aufzunehmen.

Es wird Zeit, dass wir in Wien ein sichtbares und explizites Zeichen für mehr Demokratie in der Schule und die Öffnung des Gemeinderates setzen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden


### Beschlussantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich dafür aus, das Schülerinnen- und Schülerparlament auf Wiener Landesebene rechtlich explizit zu implementieren. Zudem sollen künftig mehrheitlich beschlossene Anträge des Schülerinnen- und Schülerparlaments verpflichtend auch im Gemeinderatsausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal behandelt werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrags an den Herrn Landeshauptmann und den Herrn amtsführenden Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal als zuständiges Mitglied der Landesregierung verlangt.

Wien, 29.03.2019

MAGISTRATSDIREKTION  
DER STADT WIEN  
ABGELEHNT  
Eing.: 29. MRZ. 2019  
PGC-283751-2018-LAT  
Geschäftsstelle des Stadtrats  
Landesregierung und Stadtsenat

